



Kreis Offenbach

PRESSEINFORMATION

/04

Dietzenbach, 2004-10-19

KOMMUNIKATIONSFLUSS BEI PPP-PROJEKT SCHULEN GEWÄHRLEISTET

„Die Befürchtungen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass die Umsetzungen bei PPP-Projekt Schulen geheime Verschlussache sein könnte,“ erklärt Landrat Peter Walter auf Nachfrage der Presse, „sind völlig aus der Luft gegriffen. Das vorangegangene Vergabeverfahren hat deutlich gezeigt, dass wir über jeden Verfahrensschritt nicht nur die politischen Gremien, sondern auch alle anderen Beteiligten umfassend und aktuell informiert haben.“

Der Kreis steuert und kontrolliert die Projektgesellschaft SKE Schul-Facility-Management GmbH, die am 01. Oktober 2004 ihre Arbeit aufgenommen hat, auf Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Konzeptes und den vom Kreisausschuss beschlossenen Verträgen. Der Kreis ist im Aufsichtsrat, der die Geschäftsführung überwacht, mit 2 Mitgliedern vertreten. Außerdem gehören dem Aufsichtsrat noch ein Arbeitnehmervertreter an sowie 3 Mitglieder, die von SKE gestellt werden. Davon unabhängig hat der Kreis vertraglich das Recht alle wichtigen Angelegenheiten sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Gesellschafterversammlung entscheidend zu beeinflussen. In einen Beirat entsendet der Kreis 18 Vertreter unter anderem aus Kreistag und Kreisausschuss, Schulleiter, Kreiselternbeirat, etc. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere die Kreispolitiker regelmäßig über die Schulvorhaben informiert werden.

Das Vertragscontrolling ist in unserem Haus eingerichtet und überwacht die Einhaltung aller Absprachen. Das im Aufbau befindliche Baucontrolling begleitet die Bauvorhaben und stellt sicher, dass die vereinbarten Bauleistungen

ordnungsgemäß für den Kreis erbracht werden. Analog wird die Zusammenarbeit in der Projektgesellschaft mit der Firma HOCHTIEF organisiert.

Diese Form der Steuerung und Kontrolle, die in den Gremien ausführlich erläutert wurde und in den Vorlagen nachzulesen ist, garantiert durch ihre vertragliche Absicherung Transparenz und Informationen für den politischen Bereich.

„Über den Antrag der Grünen“, so der Landrat weiter, „hat allein der Kreistag zu entscheiden. Es ist jedoch absolut nicht nachvollziehbar, dass wenige Tage nachdem die Projektgesellschaft im Los West ihre Arbeit aufgenommen hat und die zweite mit ihrer Arbeit noch gar nicht begonnen hat, bereits Vermutungen über mangelnde Information angestellt werden, die jeder Grundlage entbehren, wie der Blick in die Beschlussvorlagen eindeutig zeigt. Da die Entscheidungen mit großer Mehrheit getroffen wurden, können die Einlassungen der Grünen nur als schlechte demokratische Spielart von Verlierern gewertet werden.“